

Senatsbeschlüsse

über die 176. Sitzung des Senats

am 11.09.2018, 11:15 Uhr

4295.) Prostituiertenschutzgesetz – Bericht über den Stand der Umsetzung
(Vorlage 2328/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2328/19 den Zwischenbericht zur Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes mit der Maßgabe folgender Änderungen zur Kenntnis:

Im Zwischenbericht wird unter „3.“ folgender zusätzlicher erster Absatz eingefügt:

„Von den insgesamt 7 zusätzlichen Stellen für den Bereich Prostituiertenschutz beim Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sind 5 (4,5 VZÄ) Stellen für die Bearbeitung der Anmelde- und Erlaubnisverfahren zuständig, von denen 4 Stellen (3,5 VZÄ) zum 01.10.2018 besetzt sein werden. 2 Stellen sind für Widerrufs- und Gewerbeuntersagungsverfahren sowie für Grundsatz- und Rechtsangelegenheiten, einschl. Prozessvertretung, zuständig.“

Im darauffolgenden Satz wird das Wort „Der“ durch „Auch der“ ersetzt und der nachfolgende Absatz ersatzlos gestrichen.

2. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen über eine Evaluation im Herbst 2019 zu berichten.

- 4296.) Neubau der Steganlage Neuer Hafen Süd Bremerhaven
Wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahme im Rahmen der
Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur
(GRW)
(Vorlage 2329/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Wirtschaft,
Arbeit und Häfen vom 10.09.2018)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 10. September 2018 der Umsetzung der dargestellten Maßnahme „Neubau der Steganlage Neuer Hafen Süd Bremerhaven“ im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ in Höhe von insgesamt 1.190.000 € und damit dem Eingehen von Verpflichtungen für 2019 in Höhe von 864.000 € zu.
2. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die haushaltsrechtliche Absicherung durch Beschlüsse der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und des Haushalts- und Finanzausschusses einzuholen.

- 4297.) Ernennung des Landeswahlleiters
(Vorlage 2330/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat ernennt für die Wahlen zum Europäischen Parlament, zum Deutschen Bundestag, zur Bremischen Bürgerschaft sowie für Volksbegehren und Volksentscheide mit Wirkung vom 1. November 2018 – anstelle von Herrn Jürgen Wayand – Herrn Dr. Andreas Cors auf unbestimmte Zeit zum Landeswahlleiter.
2. Der Senat macht die Ernennung zum Landeswahlleiter für die Wahlen zum Deutschen Bundestag sowie zum Europäischen Parlament entsprechend der Anlage 1 im Amtsblatt bekannt. Er bittet den

Präsidenten des Senats, insoweit den Bundeswahlleiter über die Ernennung entsprechend der Anlage 2 zu unterrichten.

3. Soweit es die Ernennung zum Landeswahlleiter für die Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft sowie für Volksbegehren und Volksentscheide betrifft, bittet der Senat den Senator für Inneres, den Namen des Landeswahlleiters sowie die Anschrift seiner Dienststelle mit Telekommunikationsanschlüssen öffentlich bekanntzumachen.
4. Darüber hinaus wird die Gender-Prüfung wie folgt ersetzt:

„Entsprechend der Staatspraxis im Bund wird die (zukünftige) Amtsleitung des Statistischen Landesamtes mit dem Amt des Landeswahlleiters betraut. Es ist sachgerecht, - geschlechtsunabhängig - den jeweiligen Amtsleiter bzw. die jeweilige Amtsleiterin des Statistischen Landesamtes als Landeswahlleiter(in) zu bestellen, weil er bzw. sie in dieser Eigenschaft zur Erfüllung der Aufgaben auf das Personal und die Einrichtungen des Statistischen Landesamtes zurückgreifen kann.“

- 4298.) 9. Ortsgesetz zur Erhaltung baulicher Anlagen und der städtebaulichen Eigenart für ein Gebiet zwischen Schwachhauser Heerstraße, Eisenbahnlinie Bremen-Osnabrück, Colmarer Straße und Kurfürstenallee (Vorlage 2331/19)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2331/19 den Entwurf des 9. Ortsgesetzes zur Erhaltung baulicher Anlagen und der städtebaulichen Eigenart für ein Gebiet zwischen Schwachhauser Heerstraße, Eisenbahnlinie Bremen-Osnabrück, Colmarer Straße und Kurfürstenallee (Bearbeitungsstand: 15.03.2018) sowie die Mitteilung und deren Weiterleitung an die Stadtbürgerschaft mit der Bitte um Beschlussfassung.

- 4299.) Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich Umwelt und Bau an die europäische Datenschutz-Grundverordnung (Vorlage 2332/19 und Neufassung der Mitteilung des Senats des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 07.09.2018)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2332/819 und unter Berücksichtigung der Neufassung der Mitteilung des Senats des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 7. September 2018 den Entwurf eines „Gesetzes zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich Umwelt und Bau an die europäische Datenschutz-Grundverordnung“ sowie die Mitteilung und Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Beschlussfassung.

- 4300.) Bericht über den Stand der Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) im Ressort Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Vorlage 2333/19)
-

Beschluss:

Der Senat nimmt der Vorlage 2333/19 den Bericht über den Stand der Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung beim Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zur Kenntnis.

- 4301.) Bericht über die sonstigen Sondervermögen der Freien Hansestadt Bremen zum 30.06.2018 (Vorlage 2334/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2334/19 den Bericht über die sonstigen Sondervermögen zum 30. Juni 2018 zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Finanzen, den Bericht dem Haushalts- und Finanzausschuss zur Kenntnis zu geben.

2. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, im Rahmen der Berichterstattung zum 30.09.2018 die Lösungsvorschläge, wie und wann der Mittelabfluss von 8.500 T€ an das SV Hafen aus der WFB vollzogen werden kann zu konkretisieren und die damit verbundene haushaltsrechtliche Umsetzung abschließend zu prüfen.
3. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass im Sondervermögenscontrolling unter „III. Erhaltene Drittmittel“ im letzten Satz des sechsten Absatzes das Wort „um“ in „auf“ geändert wird.

4302.) Ansiedlung eines DLR Institutes "Schutz von maritimen Infrastrukturen"
Hier: Mehrkosten für die Herrichtung von Räumlichkeiten im Gebäude des BioNord in Bremerhaven
(Vorlage 2335/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt der Bereitstellung von Mitteln für die Herrichtung von Räumlichkeiten für das neu gegründete DLR Institut „Schutz von maritimen Infrastrukturen“ im Gebäude des BioNord in Bremerhaven in Höhe von zusätzlichen Mitteln in Höhe von 250.000 € für die Finanzierung der Umbaumaßnahmen im BioNord zu.
2. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die haushaltsrechtliche Absicherung der Maßnahmen durch Beschlüsse der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und des Haushalts- und Finanzausschusses einzuholen.

- 4303.) Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen zum Rechtsanspruch auf Erläuterung von amtlichen Bescheiden in "Leichter Sprache" (Drucksache 19/1356)
(Vorlage 2336/19)
-

Beschluss:

Der Senat setzt die Beratung bis zum 18. September 2018 aus.

- 4304.) Entwurf einer Verordnung über die zuständigen Behörden nach dem Infektionsschutzgesetz
(Vorlage 2337/19)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2337/19 die Verordnung über die zuständigen Behörden nach dem Infektionsschutzgesetz sowie die Ausfertigung der Verordnung und deren Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

- 4305.) Hebammenvermittlungsstellen zur besseren Versorgung und Vernetzung einrichten
(Vorlage 2338/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt dem vorgelegten Bericht der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 30.8.2018 zum Beschluss der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) vom 7.12.2017 auf Antrag der Fraktionen der CDU „Hebammenvermittlungsstellen zur besseren Versorgung und Vernetzung einrichten“ (Drucksache 19/1289) zu.
2. Der Senat beschließt, den Bericht dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten und bittet die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz, dem Senat über die weitere

Entwicklung zu gegebener Zeit zu berichten.

3. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass
 - unter „B. Lösung“ der erste Absatz ersatzlos gestrichen wird.
 - am Ende des dritten Absatzes unter „B. Lösung“ und im zweiten Absatz unter „E. Beteiligung und Abstimmung“ jeweils vor dem Wort „zugestimmt“ das Wort „einstimmig“ eingefügt wird.

4306.) Fortschreibung des Landeskrankenhausplans 2018-2021
hier: Krankenhausrahmenplan 2018-2021
(Vorlage 2339/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für
Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 05.09.2018)

Beschluss:

1. Der Senat der Freien Hansestadt Bremen beschließt gemäß § 4 Abs. 1 Bremisches Krankenhausgesetz den Krankenhausrahmenplan 2018-2021 inklusive der Anlagen 2 bis 5 der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz.
2. Der Senat der Freien Hansestadt Bremen nimmt die Stellungnahmen der Beteiligten nach § 6 Abs. 1 und 2 Bremisches Krankenhausgesetz in Anlage 1 zum Krankenhausrahmenplan 2018-2021 zur Kenntnis.

4307.) EFRE-Programm 2014-2020
Revitalisierung des Kistner-Geländes in Bremerhaven
Sachstand und Finanzierung der Mehrkosten
(Vorlage 2340/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Wirtschaft,
Arbeit und Häfen vom 10.09.2018)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt der Umsetzung der überplanten Maßnahmen zur

Revitalisierung des Kistner-Geländes in Bremerhaven im Rahmen des EFRE-Programms 2014-2020 zu.

2. Der Senat stimmt der Bereitstellung der Mehrkosten in Höhe von 540.000 € für die Jahre 2019 und 2020 und damit dem Eingehen von Verpflichtungen für die Folgejahre zu und bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in ihrer nächsten Sitzung zu befassen und die Vorlage über die Senatorin für Finanzen an den Haushalts- und Finanzausschuss zur Beschlussfassung weiterzuleiten.

4308.) Entwurf des Gesetzes zur Weiterentwicklung des Bremischen Behindertengleichstellungsrechts
(Vorlage 2341/19 und Neufassung der Vorlage und der Anlage 4 der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 06.09.2018 und Neufassung der Vorlage und der Anlage 4 der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 10.09.2018)

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis zum 18. September 2018 aus.

4309.) Sachgrundlose Befristungen im öffentlichen Dienst
(Vorlage 2342/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 10.09.2018 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 11.09.2018)

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung aus.

4310.) "Zukunft des Wirtschaftsstandorts Bremerhaven"
(Große Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 2343/19)

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2343/19 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion vom 21. August 2018 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis mit der Maßgabe folgender Änderungen:
 - In der Antwort auf Frage 1 werden im ersten Satz des vierten Absatzes nach dem Wort „Biotechnologie“ die Wörter „erneuerbare Energien“ eingefügt.
 - In der Antwort auf Frage 1 wird im letzten Satz des letzten Absatzes das Wort „Förderungsmittel“ in „Fördermittel“ geändert.
 - In der Antwort auf Frage 2 wird im vierten Satz des ersten Absatzes das Wort „Landesmittel“ in „Landesmitteln“ geändert.
 - In der Antwort auf Frage 2 wird im siebten Satz des ersten Absatzes „CO²“ in „CO₂“ geändert.
 - In der Antwort auf Frage 3 wird im zweiten Satz nach dem Wort „Dekarbonisierung“ ein Punkt gesetzt und der Rest des Satzes ersatzlos gestrichen.
 - In der Antwort auf Frage 9 werden im zweiten Satz die Wörter „in der Perspektive bis 2025“ ersatzlos gestrichen.
2. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass die Gender-Prüfung folgende Fassung erhält:

„Bei der Weiterentwicklung des Strukturentwicklungskonzeptes Bremerhaven werden zukünftig explizit Gender-Ziele berücksichtigt werden. Grundsätzlich wird die Weiterentwicklung der strukturpolitischen Konzeption Bremerhaven in Kohärenz zum EFRE Programm erarbeitet, in dem die Gender-Aspekte durchgängig Berücksichtigung finden.

Zudem ist durch

- den Anstieg der MitarbeiterInnen mit akademischer Ausbildung an den Gesamtbeschäftigten
- die Ergänzung der Hochschule um einen dritten Fachbereich mit den Schwerpunkten Soziale Arbeit, Gesundheits- und Pflegewissenschaften sowie
- den Ausbau der wissensbasierten Dienstleistungen
- und der wissenschaftlichen Einrichtungen

mit einem weiteren Anstieg der Beschäftigung von Frauen zu rechnen.“

4311.) "Ein Jahr qualifizierte Leichenschau in Bremen und Bremerhaven"
(Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
(Vorlage 2344/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2344/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.